



In diesem Magazin können Sie auch den aktuellen Unzensiert-Song anhören und herunterladen.
Zu finden auf Seite 16.

www.unzensiert-allgaeu.de

MAGAZIN FÜR MÜNDIGE BÜRGER

FÜR FRIEDEN
UND FREIHEIT
WELTWEIT!



2029, 2028, 2027 oder doch schon 2026

■ William Shakespeare (1564–1616) wusste schon: „Verrückte führen Blinde“ und nannte das die Seuche seiner Zeit. Hat sich also nichts geändert seitdem? Doch. Heute sind die „Blinden“ nicht mehr blind, sondern sehr wohl sehende Handlanger der Verrückten. Sehen wir die EU an. Sie stattet die WHO unter dem Deckmantel der Gesundheitsvorsorge mit ungeheurer Macht aus. Die Länder stimmen überwiegend zu und geben ihre Souveränität bereitwillig ab. Deutschland vorneweg mit Beifall und ... Geld. Die EU schließt Milliardendeals ab, – oder muss man besser sagen Ursula von der Leyen – löscht alle Vertragsmails und die europäischen Länder juckt das nicht. Jeden kleinen Handwerker würde man vor den Kadi ziehen, wenn er nicht alle Rechnungen dem Finanzamt vorlegen könnte. Nachdem erneut die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung Milliarden in die WHO pumpte, sprechen Insider über die WHO bereits von einer lukrativen „Tochterfirma“ der Stiftung.

Die EU bürdet den Ländern immense Kredit-Schulden auf, um ihr Rüstungsprojekt für die Ukraine durchzuboxen. Schulden, die, wenn überhaupt möglich, von den nächsten Generationen zu bezahlen sind. Aber die Länder schauen zu, mucken nur zögerlich auf und machen alles mit. Die EU zahlt den USA Warenzölle und als Dreingabe kauft sie Waffen für Kiew. Alles selbstverständlich, ohne Murren der Länder. Aber was soll Deutschland schon sagen? Wir sind das Musterbeispiel für Unvernunft und Regierungswahnsinn: Ob Krieg oder Klima, Pandemien oder Migration, wir sind dabei und zahlen ...

Jetzt wurden die Waffenlieferungen für Israel wieder aufgenommen. Sie waren nie wirklich eingestellt worden. Aber es machte sich ganz gut für den eiskalten Kanzler, hier ein bisschen Humanität zu zeigen. Jetzt sei quasi wieder alles in Butter in Gaza, nun brauche man sich ja keine Sorgen mehr zu machen, da sich die USA und Großbritannien darum kümmern ...

Man kann den deutschen Bürgern die haarsträubendsten Geschichten erzählen. Hauptsache, die deutsche Fußballnationalmannschaft hat mal wieder gegen drittklassige Gegner gewonnen und fährt zur WM. Größere Ansprüche scheinen die Menschen nicht zu haben. Was sind dagegen schon Aussagen von Verteidigungsminister Pistorius: „*Ein Krieg zwischen der NATO und Russland könnte bereits vor 2029 beginnen. Wir haben immer gesagt, das könnte ab 2029 der Fall sein. Jetzt gibt es allerdings andere, die sagen, dies sei schon ab 2028 denkbar, und manche Militärhistoriker meinen sogar, wir hätten schon den letzten Sommer im Frieden gehabt.*“

Na, dann hoffen wir doch, dass Deutschland 2026 noch friedlich Fußballweltmeister wird, dann werden wir uns anschließend um den Krieg kümmern und wohl auch gewinnen.

Allerdings spielt der Gegner diesmal dummerweise nicht in der dritten Liga ... | HM



Grundlegenden Reformen muss sich die EU unterziehen, wenn sie Bestand haben soll. Die Partei dieBasis formuliert in ihrem Wahlprogramm:

Die Basisdemokratische Partei fordert eine tiefgreifende Neuordnung der Europäischen Union, unter den Prämissen der Basisdemokratie, der gelebten Subsidiarität, der Förderung von regionalen Entscheidungsstrukturen und der Friedensvermittlung. Dass die Bevölkerungen in der EU gehört und nicht länger bevormundet werden, ist bei den aktuell hochbrisanten EU-Themen unumgänglich.

Vom Aufbau zum Aufmarsch

Europa war nach dem Krieg als Friedensprojekt mit sozialem Gewissen konzipiert worden – nun verwandelt es sich in ein bis an die Zähne bewaffnetes Kampfbündnis.

GASTBEITRAG
VON GÜNTHER BURBACH

Noch vor ein paar Jahren galt „Zusammenhalt“ als das große europäische Versprechen. Kohäsion hieß das Zauberwort. Die Idee, dass arme Regionen aufholen, dass Infrastruktur wächst, dass die EU am Ende mehr ist als ein Binnenmarkt mit Bürokratie. Doch wer heute die Zahlen liest, wer die Beschlüsse der Kommission durchforstet, sieht, dass dieses Versprechen still zerlegt wird. Der neue Schwerpunkt Europas ist nicht mehr sozialer Fortschritt, sondern militärische Schlagkraft. Unter dem Stichwort „ReArm Europe“ formt sich eine Union, die sich von ihrer Friedensidee verabschiedet, um ein Rüstungsbündnis zu werden – auf Pump, in Rekordzeit und ohne demokratische Debatte.

Was früher Entwicklungsförderung hieß, nennt Brüssel jetzt „Sicherheitsarchitektur“. Und die Summen, die da umgeschichtet werden, sind gewaltig. Im Frühjahr 2025 kündigte Ursula von der

Leyen an, die EU müsse „strategisch autonom“ werden. Sie sprach von 800 Milliarden Euro, die man mobilisieren könnte, um Europa kriegstüchtig zu machen, eine Zahl, die so groß ist, dass sie den EU-Haushalt der nächsten sieben Jahre übersteigt. Laut Reuters sollen 150 Milliarden davon direkt als EU-Kredite fließen über ein neues Instrument mit dem sprechenden Namen SAFE – Security Action for Europe. Diese Schulden laufen bis zu 45 Jahre. Bezahlt werden sie jene, die heute noch glauben, die EU sei ein Friedensprojekt.

Die Rhetorik ist geschickt. Man spricht von Verteidigungsbereitschaft, von Abschreckung, von Verantwortung. Doch das eigentliche Ziel ist ein Umbau der Finanzarchitektur. SAFE erlaubt der Kommission, Schulden aufzunehmen, um sie als Darlehen an Mitgliedstaaten weiterzureichen, offiziell „freiwillig“, faktisch aber unter politischem Druck.

Wer nicht mitmacht, gilt als Bremser. Wer mitzieht, darf mehr Defizit machen, weil Brüssel zugleich die Haushaltsregeln gelockert hat: Rüstungsausgaben sollen in den kommenden Jahren nicht mehr als Schulden zählen. Damit fällt eine der letzten Bremser, die noch zwischen Politik und Rüstungsindustrie standen.

Gleichzeitig startet das European Defence Industry Programme (EDIP), ein Zuschussprogramm von 1,5 Milliarden Euro. In der EU-Sprache klingt das wie ein Nebensatz, doch der Effekt ist deutlich: Unternehmen wie Rheinmetall, Airbus Defence, Leonardo oder Saab können sich direkt auf EU-Fördermittel bewerben mit der Bedingung „Buy European“. Das bedeutet nichts anderes, als dass künftig Milliarden aus Steuergeldern in einen Rüstungsmarkt fließen, der sich selbst mit Aufträgen versorgt. Laut Euractiv [Euractiv ist ein europäisches Nachrichtenportal, das sich auf EU-Politik konzentriert] wurden allein im Sommer 2025 bereits über 200 Förderanträge eingereicht, viele davon von Konsortien, die zuvor an der militärischen Ukraine-Hilfe beteiligt waren. Der Kreislauf schließt sich.

Doch der gefährlichste Teil dieses neuen Europa-Kurses liegt nicht in den Schlagzeilen, sondern in den Fußnoten der Beschlüsse. Denn die Kommission will nicht nur neue Gelder schaffen, sie will auch alte Mittel „flexibilisieren“. Konkret heißt das: Mittel aus der Kohäsions- und Agrarpolitik, rund 392 Milliarden Euro, sollen künftig auch für „Dual Use“-Projekte einsetzbar sein, also für Infrastruktur, die zivil und militärisch

nutzbar ist. Eine Brücke, die Panzer tragen kann, zählt genauso wie ein Bahnhof, der Truppentransporte abwickelt. Offiziell freiwillig, praktisch aber durch Anreizsysteme gesteuert: Wer Mittel umschichtet, bekommt Priorität bei SAFE-Krediten.

So wird die soziale Substanz Europas ausgeöhlt. Das Geld, das früher Schulen, Krankenhäusern oder Schienenmodernisierung diente, fließt zunehmend in Beton, Stahl und Dronennetze.

Die EU-Kommission argumentiert, man müsse „Resilienz“ fördern. Aber Resilienz heißt heute: militärisch verwertbar sein. Ein Land, das seine Häfen für Kriegsschiffe ertüchtigt, gilt als widerstandsfähig. Ein Land, das in Bildung investiert, gilt als träumerisch.

Wer sich durch die offiziellen Texte arbeitet, merkt schnell, wie weit dieser Prozess schon ist. In einem internen Papier der Generaldirektion DEFIS, das Politico im September 2025 zitierte, ist von einer „zeitgerechten Umwidmung bestehender Strukturfonds“ die Rede. Bis 2027 soll jeder zweite EU-Mitgliedstaat mindestens ein Dual-Use-Projekt aus Kohäsionsmitteln finanzieren. Das ist kein Vorschlag mehr, das ist eine politische Linie. Und sie wird durchgezogen, weil kaum jemand widerspricht. In den nationalen Medien finden diese Themen höchstens als Randnotiz statt. Der Fokus liegt auf nationalen Haushaltsdebatten, während Brüssel längst die Spielregeln ändert.

Das Perfide daran: Dieser Umbau geschieht unter dem Banner des Friedens. Von der Leyen spricht vom „Schutz der europäischen Lebensweise“. Doch geschützt wird nicht der Lebensstandard, sondern das industrielle Rückgrat einer Branche, die sich seit 2022 in einem Goldrausch befindet. Laut dem European Defence Agency Report 2025 stiegen die Investitionen in militärische Beschaffungen seit Beginn des Ukrainekrieges um 45 Prozent. Die Rüstungsindustrie verzeichnet Rekordgewinne, während öffent-

liche Investitionen in Infrastruktur stagnieren. In Südeuropa liegen Hunderte Schul- und Gesundheitsprojekte auf Eis, weil die EU-Förderung „neu priorisiert“ wurde.

Ein Beispiel: In Bulgarien war ein EU-Programm für kommunale Krankenhäuser mit 600 Millionen Euro geplant. Im August 2025 wurde es in „Resilience and Security Facilities“ umbenannt, mit dem Ergebnis, dass nun 40 Prozent der Mittel in den Ausbau militärischer Logistikstraßen fließen. Offiziell, um „medizinische Einsatzbereitschaft“ zu sichern. De facto, um NATO-Transportrouten zu stärken. Das sind keine Einzelfälle. Polen nutzt SAFE-Kredite, um Panzerfabriken auszubauen; Deutschland beantragt Mittel für die Modernisierung von Flugabwehr-Hubs; Litauen baut mit EU-Hilfe neue Munitionsdepots an der Ostflanke.

Die Kommission nennt das „Zusammenhalt durch Sicherheit“. Aber Zusammenhalt entsteht nicht, wenn man soziale Gelder in Rüstung pumpt. Zusammenhalt entsteht, wenn Menschen das Gefühl haben, dass sie in dieser Union vorkommen.

Stattdessen wächst die Distanz. Der Landarzt, dem das Geld für neue Geräte fehlt, sieht, dass die Straße vor seiner Praxis plötzlich NATO-Normen entspricht. Der Bürgermeister einer Kleinstadt in Rumänien wundert sich, warum Brüssel auf einmal verlangt, dass sein Gewerbegebiet „militärisch kompatibel“ sein soll. Und die Bürger fragen sich, warum die EU, die ihnen einst Stabilität versprach, jetzt so viel Angst verbreitet.

Diese Angst ist Teil des Systems. Die ständige Berufung auf „Gefahren aus dem Osten“ dient als Legitimationsmaschine. Jeder Zweifel wird mit Moral bekämpft. Wer fragt, ob 800 Milliarden Euro Schulden für Aufrüstung sinnvoll sind, gilt als naiv oder unsolidarisch. Wer darauf hinweist, dass es in

Europa über 20 Millionen armutsgefährdete Kinder gibt, wird belehrt, dass ohne Verteidigung kein Wohlstand existiert. So wird aus einer nüchternen Haushaltsdebatte eine Frage des Glaubens, und genau das ist gefährlich.

Denn während Europa sich aufrüstet, schwächt es sich selbst. Die neuen Schuldenprogramme sind auf Jahrzehnte ausgelegt. SAFE-Darlehen laufen 30 bis 45 Jahre. Das bedeutet: Die Generation, die heute zur Schule geht, wird noch die Zinsen für die aktuelle Aufrüstung zahlen. Schon jetzt warnen Ökonomen wie Gabriel Felbermayr (IfW Kiel), dass die EU sich in eine „Rüstungsschulden-Spirale“ manövriert. Das Problem: Diese Schulden bringen keine produktive Rendite. Panzer sind keine Investition, sie sind Verbrauchsgüter. Und jedes Euro-Darlehen, das in Betonbunker fließt, fehlt in Forschung, Energiewende oder Bildung.

Hinzu kommt ein demokratisches Problem. Die großen Finanzbeschlüsse fallen kaum noch im Parlament, sondern in internen Ausschüssen oder Kommissions-Meetings. SAFE wurde im März 2025 vorgestellt, das EU-Parlament erhielt den Text drei Tage vor der Abstimmung. Kritische Abgeordnete, vor allem aus Portugal und Irland, beantragten eine

Anhörung. Der Antrag wurde abgelehnt. Begründung: „Zeitdruck wegen Sicherheitslage.“ So entstehen Gesetze, die Milliarden binden, ohne dass sie wirklich debattiert werden. Das erinnert an den Ausnahmezustand während der Pandemie, nur diesmal mit dem Etikett „Verteidigung“.

Die öffentliche Diskussion bleibt flach, weil die meisten Medien über die Details gar nicht berichten. Wer liest schon die Anhänge von Haushaltsbeschlüssen? Und so wächst eine politische Schieflage, die man kaum noch zurückdrehen kann. Brüssel regiert durch Verordnungen, die national kaum überprüft werden. Wenn ein Land die Mittel

umschichtet, passiert das leise im Kleingedruckten der Finanzplanung. Und wenn es schiefgeht, wird niemand verantwortlich sein.

Doch es gibt Alternativen. Europa könnte Verteidigung und soziale Stabilität gemeinsam denken. Es könnte die Milliarden in zivile Resilienz investieren, Stromnetze, Bahnstrecken, Nahrungsmittelsicherheit. Dinge, die in Friedens- wie in Krisenzeiten funktionieren.

Stattdessen verschiebt man Prioritäten in einen Sektor, der von Natur aus nicht nachhaltig ist. Der militärisch-industrielle Komplex lebt von der Eskalation, nicht von der Stabilisierung. Und genau dort liegt das Risiko: Je mehr Geld in diesen Apparat fließt, desto stärker wird sein politischer Einfluss.

Von der Leyens Vision einer „Sicherheitsunion“ mag auf den ersten Blick wie Führung wirken. In Wahrheit ist sie das Eingeständnis politischer Hilflosigkeit. Wer keine soziale Erzählung mehr hat,

greift zur Rüstung. Wer keine industrielle Strategie für den Frieden findet, erfindet eine für den Krieg. Europa hat seine Identität immer aus dem „Nie wieder“ gezogen, jetzt lebt es vom „Jetzt erst recht“. Das ist eine gefährliche Wendung, weil sie das Fundament der Union angreift: Vertrauen.

Man kann diese Entwicklung nicht mit einem einzigen Schlagwort erfassen. Sie ist zu schlechend, zu raffiniert verpackt. Aber ihr Muster ist klar: Jede Krise dient als Katalysator für mehr Zentralisierung, mehr Schulden, mehr Machtverschiebung. Erst war es Corona, dann Energie, jetzt Sicherheit. Immer heißt es: „Diesmal müssen wir schnell handeln.“ Und immer bleiben am Ende weniger Spielräume, weniger Kontrolle, weniger Demokratie.

Die EU braucht Sicherheit, ja, aber sie braucht sie nicht gegen ihre Bürger, sondern für sie. Sicherheit heißt auch soziale Stabilität, verlässliche Gesundheitsversor-

gung, bezahlbare Energie. Doch all das rutscht nach hinten, wenn die Kommission Milliarden in Waffen steckt. Schon jetzt fehlt in vielen Ländern das Geld für Pflegekräfte, Lehrmittel, öffentlichen Verkehr. Wenn in den nächsten Jahren die Kohäsionsmittel sinken, werden die ersten Opfer nicht Panzerfabriken sein, sondern Schulen.

Vielleicht ist das der Punkt, an dem Europa sich entscheiden muss. Ob es ein Kontinent sein will, der wieder Mauern baut, diesmal aus Beton, nicht aus Ideologie. Oder ob es den Mut findet, seine Werte ernst zu nehmen. Frieden war nie billig, aber er war immer billiger als Krieg. Und wer heute Milliarden in Aufrüstung steckt, wird morgen erklären müssen, warum die Brücken einstürzen, die er nicht mehr repariert hat. ■

<https://diebasis-partei.de/2025/11/vom-aufbau-zum-aufmarsch/>

Kontakt zur Redaktion der Basis:
redaktion@diebasis-partei.de

AfA-Pressemitteilung zur Rede des Bundespräsidenten zum 9. November

Der Bundespräsident verliert das Grundgesetz aus den Augen! Ein gebettet in eine geschichtspolitische Rede zum neunten November „Schicksalstag der Deutschen“ stellte Steinmeier klare Forderungen auf: Die Brandmauer muss stehen, kompromisslos und meterhoch. Die AfD müsse man notfalls verbieten (AP 09.11.2025) „Mit seiner Anti-AfD-Kampfrede zeigt Steinmeier, dass er weder den demokratischen noch den intellektuellen Ansprüchen seines Amtes gewachsen ist“ (AP 09.11.2025).

1. Der Bundespräsident ist das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland (Art. 54ff GG). Seine zentrale Aufgabe ist es, den Staat nach innen und nach außen zu repräsentieren und die Einheit des

Gemeinwesens zu fördern. Daraus folgt das Gebot, über den Parteien zu stehen und parteipolitische Neutralität zu wahren.

2.

Art. 55 Abs. 1 GG:
„Der Bundespräsident darf weder der Regierung noch einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes angehören.“

Diese Vorschrift stellt eine rechtliche Trennung zwischen Amt und parteipolitischem Wirken sicher. Sie dient der institutionellen und politischen Unabhängigkeit des Amtes und soll verhindern, dass der Bundespräsident in den parteipolitischen Wettbewerb eingebunden ist. Nach einhelliger Staatsrechtslehre und der Rechtsprechung des Bundesverfassungs-



ANWÄLTE FÜR AUFKLÄRUNG

gerichts gilt für den Bundespräsidenten eine Neutralitätspflicht in besonderem Maße, da er keine politische Leitungsfunktion, sondern nur eine repräsentative und vermittelnde Funktion innehat.

3.

Das Grundgesetz sollte man als Bundespräsident schon kennen. Andernfalls ist man für dieses Amt nicht länger tragbar.

AfA-Pressereferat
Dr. Christian Knoche
10. November 2025

Quelle: <https://afaev.eu/afa-pressemitteilung-zur-bundespraesident-rede-zum-neunten-november/>



Bundeswehr-General schlägt dramatischen Russen-Alarm



Kriegs-propaganda

VON HERBERT MAYER

■ Bundeskanzler Merz zeigt eine beänstigende Geschichtsvergessenheit. Während der Feierlichkeiten zum 80. Geburtstag der CDU äußerte er sich – zum wiederholten Mal – unwissend und blamabel. Friedrich Merz schwadronierte erneut vom russischen Feind, der Deutschland und Europa bedroht. Und er verstieg sich zu der Aussage: „Wir werden uns wieder verteidigen müssen!“

Herrn Merz sollte man ins Stammbuch schreiben: Deutschland hat sich noch nie gegen Russland verteidigen müssen, denn immer war es Deutschland, das Russland überfallen hat. Den Menschen zu suggerieren, dass die Russen nur danach lechzen, den Westen und die NATO zu überfallen und dass man aus diesem Grund die Rüstung ins Unendliche schrauben müsse, ist plump Propaganda. Aber da passt ins

Bild, dass auch führende Generäle der Bundeswehr ins gleiche Horn blasen. Wie die Bildzeitung berichtete, äußerte sich Bundeswehr-General Alexander Sollfrank während eines Interviews mit der New York Times auf dem gleichen Propaganda-Niveau.

BILD: Sollfrank, oberster Einsatzführer der Bundeswehr, schlägt Alarm: Moskau baue seine Landstreitkräfte wieder auf – und lerne ständig dazu. Trotz des laufenden Angriffskrieges gegen die Ukraine formiere Kreml-Herrscher Wladimir Putin (73) im Hintergrund eine neue, noch schlagkräftigere Armee.

„Die Russen restrukturieren ihre Landstreitkräfte, selbst während sie angreifen“, alarmiert der General in der „NYT“. „Sie lernen kontinuierlich.“ Während der Westen über Geld und Waffenhilfen streitet, nutze Putin die Zeit: Die russische Armee sei dabei, Reser-

ven und Nachschubkräfte aufzubauen, moderne Waffen zu entwickeln – und ihre Erfahrungen aus dem Ukraine-Krieg in neue Taktiken umzusetzen.

Natürlich soll der Bürger glauben, Putin würde die Ukraine als „Vorbereitungs- und Trainingslager“ benutzen, um dann, wenn einmal der Westen dran ist, zuschlagen zu können. Der Hintergrund ist klar. Man braucht und sucht Argumente, um der Rüstungsindustrie in die Karten zu spielen. Es ist gefährliche Propaganda und man gewinnt den Eindruck, dass Sollfrank mit seinen 59 Jahren ganz heiß ist, endlich einmal selbst einen Krieg mitmachen zu dürfen. Aus sicherer Entfernung natürlich, denn keiner der Generäle wird die Nähe der Front suchen. Es ist nichts anderes als Hetze und eine Scharfmacherei, die zum Himmel stinkt.

BILD: [...] Für Sollfrank ist klar: Wenn Europa nicht endlich entschlossener handelt, droht ein gefährliches Kräfteungleichgewicht. „Wir müssen die Ukraine mit allem unterstützen, was sie braucht, um den russischen Druck zu reduzieren.“

Doch während in Washington über Tomahawk-Raketen gestritten wird, fehlen den Europäern Milliarden. Ohne US-Hilfe und mit leerem Haushalt sucht die EU verzweifelt nach Wegen, die Ukraine weiter zu finanzieren – sogar mit eingefrorenen russischen Vermögen.

Deutschland, die EU und die USA haben schon so viel Geld in der Ukraine im wahrsten Sinne des Wortes verpulvert. Wie weit soll der Schuldenberg noch aufgehäuft werden, um Hasardeuren wie Sollfrank ihren feuchten Traum von einer den Russen ebenbürtigen Armee zu erfüllen. Deutschland braucht keine Kriegshetzer wie Sollfrank und Konsorten.

BILD: [...] Doch Sollfrank warnt: „Reduzieren war einfach – Aufbauen ist eine riesige Aufgabe.“ Die Bundeswehr müsse „kriegstüchtig“ werden.

Kreml-Diktator Wladimir Putin hat mit seinem Überfall auf die Ukraine den Krieg zurück nach Europa gebracht. Während Europa noch plant, schafft Putin längst Fakten. Seine Armee rekrutiert, produziert, modernisiert. Die Front in der Ukraine ist festgefahren, aber Russlands Kriegsindustrie läuft heiß – und das mitten im laufenden Krieg.

General Sollfrank: „Frieden ist nichts, das einfach da ist. Man muss dafür arbeiten.“ Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs habe sich in Europa das Recht über die Macht durchgesetzt. „Wenn Russland erfolgreich ist, sind diese Errungenschaften vorbei.“

Allein die Rhetorik zeugt von abfälliger Kriegsgeilheit: „Kreml-Herrschter Putin“, „Kreml-Diktator

Wladimir Putin hat den Krieg nach Europa gebracht“. Es zeigt, welcher Geist die Führungselite der Bundeswehr umweht. Und jedem normalen Bürger müsste es den Schlaf rauben, angesichts dessen, dass solchen Leuten im Ernstfall das Schicksal Hundertausender junger Soldaten anvertraut wird.

„Frieden ist nichts, das einfach da ist. Man muss dafür arbeiten.“ Mit solch dümmlichen Phrasen soll den Menschen beigebracht werden, dass nur Hochrütten Frieden erhalten kann. Aber derartige Floskeln können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Typen wie Sollfrank – und deren gibt es mehr im Führungsstab der Bundeswehr samt ihres obersten Kriegsministers Pistorius –, nichts für den Frieden machen, sondern

genau das Gegenteil. Sie alle sind eine Gefahr für den Frieden. Die NATO, die Bundeswehr und die gesamte Regierung sind Kriegstreiber und waren noch nie Friedensicherer. Sie haben noch nicht einmal versucht, einen Krieg mit Russland abzuwenden. Sie sind der verlängerte Arm der Kriegsindustrie und deren Nutznießer. Und alle sollten sich dafür schämen, dass Deutschland in der Welt wieder als kriegslüsterner, mächtbesessener Aggressor in Europa gilt. Geschichte wiederholt sich anscheinend doch ... ■

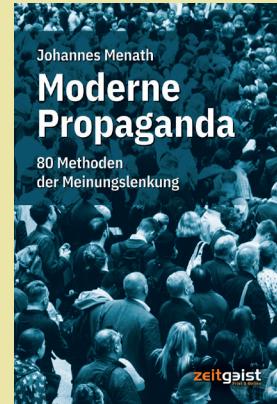
Quelle und kleines Bild:
https://www.bild.de/politik/inland/in-der-new-york-times-bundeswehr-general-schlaegt-dramatischen-russen-alarm-68f63b2b59e2e-09750705ab0?source=puerto-reco-2_bild-V23.7.D_Lower_Blocks

„Nur wer Propaganda als solche erkennt, kann sich dagegen wehren“

„Propaganda ist der Versuch der gezielten Beeinflussung des Denkens, Handelns und Fühlens von Menschen. Wer Propaganda betreibt, verfolgt damit immer ein bestimmtes Interesse.“ So definiert die Bundeszentrale für politische Bildung diesen Begriff. Und sie stellt sehr richtig fest: „Nur wer Propaganda als solche erkennt, kann sich dagegen wehren.“

Wir alle sind täglich von Propaganda umgeben. Das mag manch-

mal mehr oder weniger harmlos sein, wenn es lediglich darum geht, ein bestimmtes Produkt zu bewerben. Aber wenn es um Krieg oder Frieden, unsere Gesundheit, unsere Gesellschaft geht, ist es existenziell, dass wir Propaganda durchschauen. Und dies geht, indem wir die Methoden der Propaganda erkennen.



Wir möchten in einer kleinen Serie in „UNZENSERT“ jeweils eine dieser Techniken vorstellen. Die Texte sind dem Buch „Moderne Propaganda“ entnommen, das wir in der UNZENSERT 21, S. 5 vorgestellt haben. (Redaktion)

*Johannes Menath,
Moderne Propaganda.
80 Methoden
der Meinungslenkung,
Zeitgeist Verlag,
ISBN 978-3-943007-42-8*

Emotionalisierung

Besonders in der Kriegspropaganda ist Emotionalisierung ein bewährtes Mittel. Sentimentale Bilder und Geschichten untergraben das kritische Urteilsvermögen und führen zu heftiger Parteinahme. Vor allem das Hervorheben leidender Kinder macht uns anfällig für Beeinflussung, sodass wir unpopulären politischen Entscheidungen zustimmen. Ein bekanntes Beispiel hierfür ist die Brutkasten-

lüge, welche die US-Bevölkerung wohlgesonnen gegenüber dem Kriegseinsatz der USA im Zweiten Golfkrieg stimmen sollte. Vor dem US-Kongress behauptete eine junge Frau, angeblich eine kuwaitische Krankenschwester, dass irakische Soldaten Babys aus den Brutkästen eines Krankenhauses genommen, auf den Boden geworfen und getötet hätten. Erst nach dem Krieg stellte sich die Geschichte als Erfindung heraus. Das Mädchen war keine Krankenschwester, sondern die

Tochter des kuwaitischen Botschafters. Die gesamte Geschichte war von der US-amerikanischen PR-Agentur Hill & Knowlton inszeniert worden.¹ Bilder leidender Menschen werden oft und gerne instrumentalisiert, um das Vorgehen einer bestimmten Seite zu rechtfertigen.

¹ Vgl. Vorsamer, Barbara: Schmutzige Sprechblasen. Süddeutsche Zeitung, 21. Mai 2010; www.sueddeutsche.de/politik/pr-agentur-hill-amp-kowlton-schmutzige-sprechblasen-1.179920

Nichts Neues unter der Sonne oder: Alles schon mal dagewesen

**Bertolt Brecht:
Wenn Haifische
Menschen wären***
(1938)

„Wenn die Haifische Menschen wären“, fragte Herrn K. die kleine Tochter seiner Wirtin, „wären sie dann netter zu den kleinen Fischen?“ – „Sicher“, sagte er. „Wenn die Haifische Menschen wären, würden sie im Meer für die kleinen Fische gewaltige Kästen bauen lassen, mit allerhand Nahrung drin, sowohl Pflanzen als auch Tierzeug. Sie würden sorgen, dass die Kästen immer frisches Wasser hätten, und sie würden überhaupt allerhand sanitäre Maßnahmen treffen. Wenn zum Beispiel ein Fischlein sich die Flosse verletzen würde, dann würde ihm sogleich ein Verband gemacht, damit es den Haifischen nicht wegstürbe vor der Zeit.“

Damit die Fischlein nicht trübsinnig würden, gäbe es ab und zu große Wasserfeste; denn lustige Fischlein schmecken besser als trübsinnige. Es gäbe natürlich auch Schulen in den großen Kästen. In diesen Schulen würden die Fischlein lernen, wie man in den Rachen der Haifische schwimmt. Sie würden zum Beispiel Geographie brauchen, damit sie die großen Haifische, die faul irgendwo liegen, finden könnten.

Die Hauptsache wäre natürlich die moralische Ausbildung der Fischlein. Sie würden unterrichtet werden, dass es das Größte und Schönste sei, wenn ein Fischlein sich freudig aufopfert, und dass sie alle an die Haifische glauben



müssten, vor allem, wenn sie sagten, sie würden für eine schöne Zukunft sorgen. Man würde den Fischlein beibringen, dass diese Zukunft nur gesichert sei, wenn sie Gehorsam lernten. Vor allen niedrigen, materialistischen, egoistischen und marxistischen Neigungen müssten sich die Fischlein hüten und es sofort den Haifischen melden, wenn eines von ihnen solche Neigungen verriete.

Wenn die Haifische Menschen wären, würden sie natürlich auch untereinander Kriege führen, um fremde Fischkästen und fremde Fischlein zu erobern. Die Kriege würden sie von ihren eigenen Fischlein führen lassen. Sie würden die Fischlein lehren, dass zwischen ihnen und den Fischlein der anderen Haifische ein riesiger Unterschied bestehé. Die Fischlein, würden sie verkünden, sind bekanntlich stumm, aber sie schweigen in ganz verschiedenen Sprachen und können einander daher unmöglich verstehen. Jedem Fischlein, das im Krieg ein paar andere Fischlein, feindliche, in anderer Sprache schweigende Fischlein tötete, würden sie einen klei-

nen Orden aus Seetang anheften und den Titel Held verleihen.

Wenn die Haifische Menschen wären, gäbe es bei ihnen natürlich auch eine Kunst. Es gäbe schöne Bilder, auf denen die Zähne der Haifische in prächtigen Farben, ihre Rachen als reine Lustgärten, in denen es sich prächtig tummeln lässt, dargestellt wären. Die Theater auf dem Meeresgrund würden zeigen, wie heldenmütige Fischlein begeistert in die Haifischrachen schwimmen, und die Musik wäre so schön, dass die Fischlein unter ihren Klängen, die Kapelle voran,träumerisch, und in allerangenehmste Gedanken eingelullt, in die Haifischrachen strömten.

Auch eine Religion gäbe es da, wenn die Haifische Menschen wären. Sie würde lehren, dass die Fischlein erst im Bauch der Haifische richtig zu leben begännen. Übrigens würde es auch aufhören, wenn die Haifische Menschen wären, dass alle Fischlein, wie es jetzt ist, gleich sind. Einige von ihnen würden Ämter bekommen und über die anderen gesetzt werden. Die ein wenig größeren dürften sogar die kleineren auffressen. Das wäre für die Haifische nur angenehm, da sie dann selber öfter größere Brocken zu fressen bekämen. Und die größeren, Posten hebenden Fischlein würden für die Ordnung unter den Fischlein sorgen, Lehrer, Offiziere, Ingenieure im Kastenbau usw. werden. Kurz, es gäbe überhaupt erst eine Kultur im Meer, wenn die Haifische Menschen wären.“

Bertolt Brecht, geb. 1898 in Augsburg, gest. 1956 in Berlin.

* erschienen in den „Kalendergeschichten“



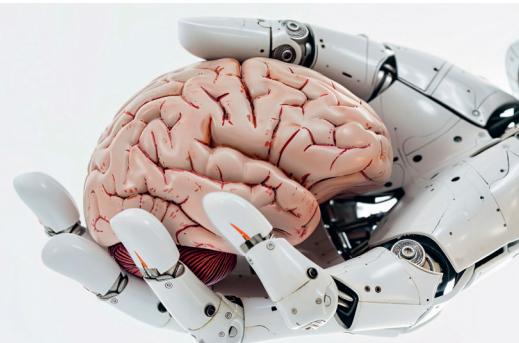
„Die Deutschen müssen zur Not zum Wehrdienst gezwungen werden“

NZZ vom 15.8.2025

Die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) will, dass in Deutschland die Bürger zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das halte ich für völlig falsch. Wir müssen friedensstüchtig, nicht kriegstüchtig werden! Nie wieder Krieg! Der Dienst in der Bundeswehr muss freiwillig bleiben. Die Bundeswehr ist seit 2011 eine Freiwilligenarmee. Ich finde, das muss so bleiben. Der Militarismus in Medien wie der NZZ ist abschreckend und der falsche Weg. Fast täglich fordern diese Medienmarken mehr Geld für Rüstung und mehr Soldaten. Der Autor des NZZ Beitrages war früher Unternehmenssprecher bei dem Waffenhersteller Heckler & Koch. Im deutschen Grundgesetz steht aber klar: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden“ (Artikel 4 Absatz 3). Nur zur Erinnerung: Im Dritten Reich wurden Bürger, die den Dienst an der Waffe ablehnten, drakonisch bestraft, bis hin zur Todesstrafe. „Einen Menschen zum Dienst an der Waffe zu zwingen, was in letzter Konsequenz heißt, ihn zu zwingen, gegen seinen Willen andere Menschen zu töten oder sich selbst töten zu lassen, das ist unmenschlich und ein Akt der Barbarei“, erklären die NachDenkSeiten (NDS) richtig.

<https://t.me/DanieleGanser/1527>

<https://www.nzz.ch/der-andere-blick/debatte-um-wehrpflicht-deutschland-muss-seine-buerger-zur-waffe-zwingen-ld.1897808>



Wo bleibt der normale Menschenverstand?

von HERBERT MAYER

■ Wo führt das einmal hin? Tag für Tag werden wir Zeuge eines gefährlichen Abdriftens von dem, was einstmal der Kompass für unser Leben war. Schon *Immanuel Kant* (1724–1804) ermutigte: „**Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!**“

Gesunder Menschenverstand, normaler Menschenverstand – es ist manchmal unbegreiflich, dass man uns Dinge erklären kann, die jeder Logik entbehren und die deshalb ein Kopfschütteln hervorrufen müssten. Doch das Gegenteil ist oft der Fall. Ohne nachzudenken wird vieles abgenickt.

Nehmen wir das Wetter

Während wir im Juli 2025 überlegen, ob wir vorzeitig die Heizung anschalten sollen, überrascht uns die „Apothekenrundschau“ mit dem Titel: Deutschland schwitzt“. Natürlich, so werden Kritiker einwerfen, konnte das die Redaktion im Juni noch nicht wissen, als wir ein paar heiße Tage erlebten und die Medien den heißesten Sommer seit gefühlt 100.000 Jahren vorhersagten. Und die gut finanzierten „amtlichen Wetterfrösche“ dies mit Horrorzahlen zu belegen versuchten. Dass sie dann Anfang Juli zurückruderten, was soll’s. Dann wird’s halt der kälteste und regenreichste Sommer seit Aufzeichnungsbeginn, wie es immer so schön heißt. Man kann sich ja mal irren. Und während die Menschen angesichts der kühlen Juli-Temperaturen die Pullover

und Regenschirme auspackten, saßen allerorts die Gremien zusammen und erstellen „Hitzeschutzpläne“. Geht es noch absurd? **Und wo bleibt der „normale Menschenverstand“?**

Nehmen wir den chronischen Geldmangel der Kommunen

Jeden Tag hören wir das Gejammer der Stadtkämmerer, dass die Kassen leer sind und man angestrengt darüber nachdenke, wo neue Geldquellen angezapft werden könnten. Realität ist aber eine oft verantwortungslose Kommunalpolitik. Bestes Beispiel sind die sinnfreien und nutzlosen Bestrebungen, die Menschen zu „Smart-City-Bewohnern“ zu machen.

Smart klingt ja immer gut. Doch kein Mensch versteht, worum es geht. Es ist Geldverschwendug in Vollendung, ganz abgesehen von technischem Firlefanz, der keinem Bürger nutzt. Es kostet nur Unsummen. **Der normale Menschenverstand** würde fragen: wofür das alles? Ich zitiere ein Beispiel aus der örtlichen Presse: „**In Kempten [Smart-City-Pilotstadt] startet ein neues Kapitel der Stadtentwicklung: 13 digitale Stelen sollen künftig an zentralen Punkten Bürger und Touristen mit Informationen versorgen.**“ So weit, so gut, denkt der unbedarfte Leser. Doch dann kommt’s. Zitat: „**Eine Herausforderung bleibt der Stromverbrauch. Die Lüftungssysteme, die gegen Überhitzung und Kondenswasser arbeiten, verursachen die größten Kosten. Alle 13 Stelen verbrauchen**

in toto 52.000 kWh Strom pro Jahr, damit liegen die Stromkosten bei 27.000 Euro pro Jahr. Die Outdoor-Stelen sind vandalismussicher mit Panzerglas versehen und mit einer speziellen Beschichtung gegen Graffiti ausgestattet.“ Und nun wird's grotesk. Zitat: „Die Gesamtkosten für das Projekt belaufen sich von 2025 bis 2027 auf rund 547.000 Euro (72.000 Euro für die ‚Wissenshappen‘ [!?], 385.000 Euro für die Hardware, je 45.000 Euro für die laufenden Kosten im Jahr 2026 und 2027. Der Eigenanteil der Stadt beträgt 191.450 Euro, der Rest wird durch Fördermittel finanziert. Die jährlichen Betriebskosten ab 2028 werden aktuell auf 45.000 Euro geschätzt – mit der Hoffnung, diese durch Sponsoring senken zu können.“

Das gesamte Smart-City-Programm ist ein solcher Humbug, wenn man von **normalem Menschenverstand** ausgeht. Der Bürger kann keinen Vorteil erkennen und bekommt nur scheibchenweise mitgeteilt, dass man das alles doch unbedingt für eine wie auch immer geartete Zukunft braucht – und – dass es leider Geld kostet. Aber es gibt Fördergelder. Und hier sind wir bei einem Grundproblem unserer Politiker in Stadt und Land. Alles was subventioniert wird, muss mitgemacht und realisiert werden, und wenn es noch so sinnbefreit ist. Ungeachtet der Tatsache, dass es sich auch bei Subventionen um Steuergelder, also unser Geld, handelt. Man wirft es mit vollen Händen raus. Und den Bürgern wird vorgespiegelt, es sei zu ihrem Nutzen, wenn jeder Blumentopf in der Stadt durch 5G angesteuert werden kann. Dabei dient es einzig und allein einer totalen Überwachungsstruktur, einer staatlichen Kontrolle über jedes Mauseloch, und einer militär-strategischen Infrastruktur. Und das alles bei Finanz- und früher oder später Stromknappheit. Doch was sind 500.000 Euro, wenn die Oberen des Landes mit Billionen jonglieren? Und was sind schon 50.000 Euro, auf die man verzichtet, wenn die Ideologen sehr diskriminierend beschließen, E-Autofahrern die Parkgebühren zu erlassen.

Der gesunde Menschenverstand

hat sich wohl vollends verabschiedet und ausgedient.

Nehmen wir die hemmungslose Digitalisierung und das Bargeld

Jeder Mensch hat das Recht auf ein analoges Leben. Aber ist das so? Mitnichten. Man muss sich nur ansehen, wie sich der unlautere Wettbewerb in den Supermärkten breitmacht, mit Apps für Preisnachlass bei Kartenzahlung oder Parkhäusern, die bargeldloses Bezahlen vorschreiben. Banken schränken ihren Service immer stärker ein für die, die nicht online sind. Egal, was im öffentlichen Raum passiert, immer häufiger erweisen sich QR-Codes den Smartphone-losen als unüberwindbares Hindernis. Busfahrten für Schüler nur mit Smartphone, Termine in den Behörden nur online und selbst in Arztpraxen scheut man sich nicht, Senioren ein Tablet in die Hand zu drücken, um ihre Daten einzutippen. Nun beweisen hunderte Studien, wie gesundheitsschädlich die Strahlenbelastung ist. Und ausgerechnet in Praxen werden alle Bedenken vom Tisch gewischt, anstatt strahlungs- und smartphonefreie Räume zu schaffen. Wo bleibt **der normale Menschenverstand**, wenn wir uns freiwillig Krankmachern aussetzen? Wo bleibt unsere Vernunft, wenn wir schon vieles nicht verhindern können, wenigstens das zu vermeiden, was uns auf Dauer krank macht.

Nehmen wir den Krieg

Der normale Menschenverstand

würde sagen: Nie mehr Krieg. Und glaubt man Umfragen, dann sind 80 Prozent der Menschen für eine Beendigung der Konflikte. Doch wie sieht die Gegenwart aus? Wir stecken bald die Hälfte unseres Bundeshaushalts in die Rüstung. Man will der Öffentlichkeit die Kriegstüchtigkeit schmackhaft machen, über die wir seit neuestem ja verfügen müssen. Aber ist das so? Weil das eben nicht so ist, muss man der Bevölkerung einen Feind präsentieren, möglichst grausam und brutal. Einen Feind, der uns bedroht. Nur so kann man die Bevölkerung langsam weichkochen

und für einen Krieg „begeistern“.

Der gesunde Menschenverstand

würde fragen: Müssen wir dazu Waffen von den USA kaufen (!) und der Ukraine schenken (!), ohne Aussicht, so einen Krieg gewinnen zu können? Und stattdessen der Tötung von Hunderttausenden und der Zerstörung des Landes Vorschub leisten? Aber wir hinterfragen schon lange nichts mehr und ziehen uns in eine Art „Bürgerschneckenhaus“ zurück. Sollen die da draußen doch machen, was sie wollen. Was geht's mich an. Und was den **gesunden Menschenverstand** anbelangt: der soll gefälligst draußen bleiben ...

Nehmen wir die Corona-Aufarbeitung

Ein Spiegelredakteur, der sich die gröbste, menschenverachtendste Entgleisung während Corona leistete, sieht in der Forderung nach Aufarbeitung einzig und allein den Wunsch nach „Rache“ der Maßnahmengegner an denen, die sie erließen. Ich kann nicht verhehlen, dass mir der Rachegedanke beim einen oder anderen Politiker durchaus auch in den Sinn kommt. Die Säule der Achtsamkeit in unserer Partei die Basis lenkt mich jedoch schnell von diesen Gefühlen ab. Aber wer auf den **normalen Menschenverstand** vertraut, muss einfach zum Schluss kommen, dass ein Herr Spahn, dem man Untreue in Millionenhöhe nachweislich vorwirft, vor Gericht gehört. Ebenso ein Herr Lauterbach, der wider besseres Wissen immer behauptete, wer geimpft ist, kann andere nicht anstecken. Dass es da noch viele, viele andere Protagonisten gibt, nicht zuletzt besagten Journalisten selbst, die man gerne vor Gericht sehen würde, wem könnte man es verdenken. Jeder Mensch, der auch nur einen Funken Gerechtigkeitsgefühl in sich verspürt, muss zum Schluss kommen, alle diese Damen und Herren müssen vor einen Richter. Das hat nichts mit Rache zu tun, wenn ein Land und seine Bürger von Politikern (und Wissenschaftlern) derart zerstört, belogen und betrogen wurde. Auch das wäre in gewisser Hinsicht **gesunder Menschenverstand** ...



Wir Boomer

VON MARTINA LAABE

■ Manche älteren Mitbürger schlafen immer noch, sitzen höchstens abends müde nickend vor *Tageschau* oder *heute journal*. Andere halten sich Augen und Ohren zu, weil umfassende Informationen sie stark verunsichern könnten. Wieder andere reiben sich bereits hin und wieder verwundert die Augen und stutzen ob der schier unglaublichen Ereignisse, über die sie weder im ÖRR noch in der Tagespresse informiert wurden. Doch die Wahrheiten brechen sich Bahn, sei es durch Alltagsgespräche oder alternative Medien.

Zur Generation der sogenannten Baby-Boomer zählen – je nach Betrachtungsweise – die Geburtsjahrgänge zwischen ca. 1956 und 1964, insgesamt ca. 12,4 Millionen Einwohner, das entspricht etwa 15 % der deutschen Bevölkerung.¹ Sie sind aus der Erwerbstätigkeit raus oder kurz davor auszusteigen und schauen befreit von der Last der täglichen Arbeit mit anderen Augen auf den Alltag. Zuerst einmal auf ihre Rente oder Pension, was an sich schon einen gewaltigen Unterschied darstellt. Wer 45 Jahre einen durchschnittlichen Verdienst hatte, bekommt die so genannte Standardrente in Höhe

von 1.835,55 Euro brutto (Stand Juli 2025).² Im bundesweiten Durchschnitt erhalten Versicherte allerdings deutlich weniger: Rentner 1.405,00 und Rentnerinnen 955,00 Euro (Stand Dezember 2024). Im europäischen Vergleich liegt die deutsche Durchschnittsrente zwar knapp über dem EU-Durchschnitt, aber Nachbarländer wie Frankreich, Benelux, Österreich, die Schweiz sowie insbesondere Luxemburg liegen deutlich darüber. Im EU-Vergleich arbeiten die Deutschen – neben den Dänen und Niederländern – am längsten.³ Die durchschnittliche Beamtenpension dagegen betrug 2023 laut Statistischem Bundesamt 3.240,00 Euro. Beamte sind *Bediene* *stete*, Angestellte und Arbeiter sind *Arbeitnehme* – dienen wird besser bezahlt als *arbeiten*, das war wohl schon immer so. Hier soll keine Neiddiskussion geführt werden, aber das derzeitige Renten- und Pensionssystem ist – wie sich gerade in der aktuellen politischen Debatte zeigt – nicht Zukunftsfähig. Das ist keine neue Erkenntnis, aber Generationen von Politikern haben sich gescheut, dieses komplexe und unpopuläre Thema in Angriff zu nehmen.

In der aktuellen Krise trauen sich einige Politiker jedoch, mit

kühnen Äußerungen bezüglich der Senioren an die Öffentlichkeit zu gehen: beispielsweise mit der Forderung nach einem „sozialen Pflichtjahr“ für die Babyboomer-Generation (M. Fratzscher, DIW) oder der Diffamierung als „Quadratmeter-Adel“ (taz)⁴, der seinen im Alter freigewordenen Wohnraum nicht an jüngere Wohnungssuchende weitergeben will. Ganz allgemein werden die Boomer als eine Last für Rentensystem, Gesundheitswesen und Pflege bezeichnet, obwohl sie dort – im Gegensatz zu vielen anderen – Jahrzehntelang eingezahlt haben. Aber die Kassen wurden und werden in nicht unerheblichem Maße sach- und adressatenfremd geplündert.

Abgesehen von diesen altersspezifischen Themen fragen sich manche ältere Bürger, wie das Land insgesamt in eine solche existentielle Krise geraten konnte und das anscheinend so plötzlich. Die steigenden Lebenshaltungskosten, das zunehmende Gefühl der Unsicherheit, das verlorene Vertrauen in die Politik, ja sogar eine drohende Kriegsgefahr. Wie konnte es so weit kommen?

Und da sind wir bei der wirklichen Verantwortung der Boomer. Sie wurden während der 68er-Bewegung sozialisiert und ein großer Teil von ihnen hat infolgedessen den sogenannten langen Marsch durch die Institutionen angetreten.⁵ Wer nicht politisch interessiert war, konzentrierte sich nur auf Beruf und Privatleben und folgte dem Mainstream der post-industriellen Gesellschaft, insbesondere auch dem neuartigen Konsumverhalten seit den 1980er-Jahren. Alles schien möglich, die Freiheit wurde grenzenlos mit dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989/90 und die Illusion eines immerwährenden europäischen Wachstums und Friedens breitete sich aus. Die politische Führung versprach, sich zu kümmern und viele schauten nicht mehr genau genug hin und ließen sie gewähren. Man hatte anderes, scheinbar Wichtigeres zu tun.

Die Menschen laufen im Hams terrad von Kita, Schule, Ausbildung, Beruf, Familiengründung und Freizeitstress bis zum Eintritt

in den Ruhestand und der ist einschneidend. Möglicherweise zum ersten Mal betrachtet man dann dieses Hamsterrad von außen. Man muss nicht mehr mitlaufen und wundert sich, wie man das so lange mitmachen konnte. Aber davon lebt dieses System natürlich. Je weniger Menschen im Hamsterrad mitlaufen – sprich produktiv sind, Steuern und Abgaben zahlen, konsumieren –, desto schwieriger wird es, das ganze System – den deutschen Sozialstaat – zu finanzieren.

Der deutsche Staat ist – so die These H. Schelskys⁶ – seit Anfang der 1970er-Jahre unterwandert von linken Ideologen, die sich gegen eine gewalttätige Revolution wie in Russland 1917 und für den langen Marsch durch die Institutionen, sprich Verwaltung, Politik, Medien, Kulturbetrieb, Bildung und Wissenschaft, sowie für die „Zersetzung des Staates von außen“ entschieden haben. Eine Revolution neuen Typs. Inzwischen ist da bereits die zweite Generation tätig. Zu den linken Ideologen kamen die grünen. Aus paritätischen Grünen wurden und werden auch Konservative und Liberale platziert, in den Rundfunkräten kann man das beispielsweise sehr anschaulich sehen.⁷ So etablierte sich in Deutschland eine neue Elite, die untereinander nur eine scheinbare Konkurrenz darstellt. Die gegenwärtige Politik der CDU zeigt, dass über die Jahre eine starke Annäherung nach links stattgefunden hat. Der Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU gegen die Linke (2018) wird löchrig, die Brandmauer gegen die AfD weiter fest zementiert. Im deutschen Parteienwesen wird die echte Konkurrenz – AfD und Kleinparteien – mit allen Mitteln bekämpft. Das erinnert ein bisschen an die Einheitslisten der Nationalen Front der DDR. Und richtig, das Ziel dieser „Systemüberwindung“ (H. Schelsky) ist eine autoritäre oder totalitäre sozialistische Ordnung anstelle der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

An der Bundestagswahl 2025 haben sich 17,5 % der Wahlberechtigten nicht beteiligt, das sind immerhin 10.581.978 Bürger, die ent-

weder kein politisches Interesse haben, keine politische Heimat oder andere Gründe, sich bei einer wichtigen Bürgerpflicht nicht einzubringen.⁸ Linksgrün hat im Bundestag insgesamt 269, mitrechts 360 Sitze – und wer regiert?⁹ Es scheint, der Wählerwille ist nicht maßgeblich für die Regierenden. Der Versuch des BSW, sich durch Neuauzählung in den Bundestag einzubringen¹⁰, wird von den meisten Parteien aus eigennützigen Motiven torpediert.

Die Politik(er)verdrossenheit der Bürger ist groß. Konservative, die nicht der AfD folgen und sich von der CDU/CSU verraten fühlen, und Liberale, die von der FDP enttäuscht sind, finden in den etablierten Parteien keine politische Heimat mehr. Und neue, kleine Parteien tun sich schwer, einen Fuß in die Parlamente zu bekommen, auch dafür sorgen die großen Altparteien. Wer den langen Marsch durch die Institutionen gewählt hat, ist wahrscheinlich zufrieden. Linksgrüne Politik findet seit Jahren statt, obwohl die Mehrheit sich etwas anderes wünscht.

Was die Mainstreammedien den Bürgern nicht sagen, erfahren diese auf Social Media und in den sogenannten alternativen Medien: Unsicherheit in der Energieversorgung, Deindustrialisierung, Abwanderung von Unternehmen und echten Fachkräften, haarsträubende Steuerverschwendungen usw. **Die bürgerlichen Boomer haben nicht aufgepasst! Wir haben es so weit kommen lassen, wir haben die anderen einfach machen lassen! Wir haben Demokratie nicht ernst genug genommen.**

Was für ein Land hinterlassen die Boomer den nachfolgenden Generationen? Das muss sich ein jeder selbst fragen. Im Schaukelstuhl, auf dem Kreuzfahrtschiff oder vorm Wohnmobil zu sitzen und zu seufzen, dass man es nun nicht mehr ändern könne, ist für viele – auch unter den Lesern der UNZENSIERT – keine Option. Geben wir nicht auf, denn wir sind Millionen, die nicht der linksgrünen Ideologie, dem Great Reset, dem Green Deal oder dem Postkolonialismus folgen!

Wir konservativen und liberalen Boomer werden das Rad der Geschichte zwar nicht zurückdrehen können, aber **Veränderung ist möglich**, wie beispielsweise die Entwicklung in den USA und Argentinien zeigt. Und ganz gleich, welche politischen Ansichten wir im Einzelnen vertreten – stehen wir zusammen und machen wir es den Zerstörern unseres Landes so schwer wie möglich, ihr Werk fortzusetzen! – **Afuera!**

„Sei du selbst die Veränderung, die du dir wünschst für diese Welt!“
(M. Gandhi)

1 <https://de.statista.com/themen/11619/baby-boomer/>

2 <https://www.vermoegenzentrum.de/wissen/wie-hoch-ist-die-durchschnittsrente-nach-45-jahren>

3 <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/arbeitsmarkt/rente-eintrittsalter-deutschland-eu-vergleich-100.html>

4 <https://taz.de/Betagter-Quadratmeteradel/!5930805/>

5 Dieser Begriff wurde von dem deutschen Soziologen Helmut Schelsky geprägt in seinem Werk „Systemüberwindung, Demokratisierung und Gewaltenteilung“. Dieses ist als pdf kostenlos auf der Website von Hans-Georg Maaßen – mit einem Vorwort von ihm – zu lesen (218 Seiten). <https://hg-maassen.com/wp-content/uploads/2025/05/Systemueberwindung-Buch-2025-komplett-.pdf>. Als Buch erhältlich: <https://www.weltbuch.com/system%C3%BCberwindung/>

6 <https://hgmaassen.com/wp-content/uploads/2025/05/Systemueberwindung-Buch-2025-komplett-.pdf>

7 Zum Beispiel beim ZDF Fernsehrat: <https://www.zdf.de/unternehmenorganisation/gremien/fernsehrat/mitglieder-100.html>

8 <https://www.bundeswahlleiterin.de/service/glossar/n/nichtwaehler.html>

9 <https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2025/ergebnisse/bund-99.html>

10 [https://www.welt.de/politik/deutschland/article6928c0156f-6da91d7796619c/bundestagswahl-neuauszählung-faellt-wohl-aus-der-weg-für-uns-nach-karlsruhe-ist-frei.html](https://www.welt.de/politik/deutschland/article6928c0156f-6da91d7796619c/bundestagswahl-neuauszählung-faellt-wohl-aus-der-weg-fuer-uns-nach-karlsruhe-ist-frei.html)



Die Klimakirche tagt im Dschungel

■ Der grüne Wahnsinn: 1 Mio. m² Amazonas abgeholtzt – für ein Klimatreffen. Für die in Belém stattfindende Klimakonferenz COP30 hat die brasilianische Regierung Teile des Amazonas-Regenwaldes gerodet, um eine vierstreifige Autobahn für die 50.000 Delegierten zu bauen. Betroffen sind Zehntausende Hektar geschützten Waldes. Der brasilianische Gastgeber Lula residiert derweil auf einer Yacht und predigt „Gerechtigkeit“, während Bagger den Wald planieren. Die UNO verkauft das Ganze als „Pakt für das Leben“, in Wahrheit ist es ein Investment für die Greenwashing-Industrie. Nach 30 solcher Klimapartys darf man sagen: Der Planet hätte eine Pause verdient. Von seinen vermeintlichen Rettern. Das Schweizer online-Portal vereinwir.ch klärt auf:

Wenn Heuchelei ein Treibhausgas wäre, könnte man Belém am Amazonas gleich zur neuen Klimahölle erklären. Hier, im dampfenden Herzen des Regenwaldes, findet die COP30, offiziell „Conference of the Parties“ [Konferenz der Vertragsparteien], inoffiziell „Conference of the Party People“ [Konferenz der Parteimitglieder], statt.

Das jährliche Weltrettungstreffen jener, die am lautesten „Nachhaltigkeit!“ rufen, während sie im Privatjet anreisen. Über 50.000 Delegierte, PR-Berater, Lobbyisten und moralisch aufgeladene Klima-Missionare versammeln sich, um der Welt zu erklären, dass sie „faster and fairer“ werden müsse, natürlich auf Kosten anderer.

„Rettet den Regenwald“ – aber bitte erst, nachdem wir ihn abgeholt haben

Die Ironie beginnt schon vor dem ersten Rednerpult: Brasilien hat eigens für die Konferenz eine vierstreifige Autobahn durch den Regenwald gezogen. Die Avenida Liberdade – Freiheit für die Bagger! Zehntausende Hektar Wald wurden plattgemacht, damit SUVs, Shuttlebusse und VIP-Karawanen bequem zur „grünen“ Weltbühne rollen können. Die Begründung: Infrastruktur sei „entscheidend für den Erfolg der Konferenz“. Mit anderen Worten: Wir zerstören den Wald, um über seine Rettung zu reden. Orwell lässt grüßen.

Das Ganze erinnert an die transamazonische Autobahn der 70er-Jahre. Symbol des Fortschritts, der alles Leben plattwalzt. Nur

heißt Fortschritt heute „nachhaltige Transformation“. So entsteht das neue Klima-Paradoxon: Rodung im Namen des Waldes, Beton im Namen des Lebens und CO₂-Kompensation per Kreditkarte.

Lula, der Luxussozialist – vom Gewerkschafter zum Klima-Messias

Und über all dem schwebt Luiz Inácio Lula da Silva, Gastgeber und moralische Instanz des Südens. „Dies ist die COP der Wahrheit“, verkündet er mit Pathos, während er auf einer Luxusjacht residiert. É o rei do povo! Übersetzt: Er ist der König des Volkes! Das Paradebeispiel für einen Sozialisten! Ein Präsident, der Gerechtigkeit predigt und Champagner trinkt, während seine Regierung Autobahnen durch die Lunge des Planeten baut. Seine Vision: „Ein Pakt für das Leben der Wälder, Ozeane und der Menschheit.“ Übersetzt: ein Pakt für das Image.

Lula verspricht, die Abholzung um 50 % gesenkt zu haben, und will 40 Millionen Hektar degradierte Weideflächen „renaturieren“. Gleichzeitig genehmigt er neue Infrastrukturprojekte, um den Tourismus anzukurbeln. Eine

Art ökologischer Ablasshandel. Klimaschutz gegen PR. So funktioniert der moderne Sozialismus: grün lackierter Kapitalismus mit moralischem Gütesiegel.

Rösti in Rio – Wenn Nachhaltigkeit nach Glyphosat riecht

Und mitten in diesem tropischen Theater: der Schweizer Bundesrat Albert Rösti. Während andere Delegierte sich den Schweiß von der Stirn wischen, denken Rösti, Merz und die anderen westlichen Staatshäupter bei Brasilien wohl zuerst an Caipirinhas, Copacabana und den legendären „Brazilian Cut“. Ein Kompromiss zwischen Tanga und Anstand (wer nicht weiß, wie dieser aussieht, schaut bei zalandino nach). Passenderweise reist er nicht allein an, sondern in illustre Gesellschaft:

Die Schweizer Delegation hat die Nachhaltigkeitschefin von Syngenta im Gepäck. Ja, genau: jener Chemiereise, der in Brasilien an Saatgut, Pestiziden und anderen „modernen Giften“ verdient. Die NGO Public Eye nennt es „eine perfekte Bühne für Greenwashing“. Treffender kann man es nicht sagen.

Passend dazu hat Brasiliens Umweltbehörde IBAMA im Juli 2024 Klage gegen Syngenta eingereicht. Wegen angeblicher „Umweltschäden“ durch Pestizide, die bis zu dreimal höhere Konzentrationen eines krebsverregenden Stoffes enthielten, als gesetzlich erlaubt. Betroffen sind Insektizide mit wohlklingenden Namen wie Engeo Pleno oder Karate Zeon. IBAMA schätzt den Schaden auf rund 400 Millionen Reais, knapp 73 Millionen Dollar. Das heißt: Während Syngenta in São Paulo vor Gericht steht, darf ihre Nachhaltigkeitschefin in Belém erklären, wie man die Welt rettet. Conference of the Parties? Nein, Conference of the Paradoxes.

Tropische Versuchung – von Lustreisen und Lobbyismus

Denkt man an Brasilien, denkt man an Sonne, Rhythmus und Skandale. Schon der VW-Bundesrat wusste: In Brasilien geht mehr. Lustreisen, Luxus, Lobbyismus. Alles in-

klusive. In den Archiven kann man die Chronik der „VW-Lustreisen“ nachlesen: Betriebsräte, geködert mit Puffbesuchen, Diäten und Bonusreisen. Das war damals. Heute heißt das Ganze: COP30, die „Conference of the Parties“ im wahrsten Sinne des Wortes: Party, Prosecco und Phrasen. Statt Lustreisen gibt's Klimareisen mit UNO-Siegel.

Denn wer einmal als Vertreter eines Mini-Inselstaates (z.B. in der Karibik), der sein Eiland noch nie in seinem Leben weiter als zum nächsten Eiland verlassen hat, auf so einer Konferenz dabei sein darf, sagt zu allem Ja und Amen. Man wird hofiert, genährt, betrommelt und unterschreibt am Ende jeden Vertrag, der einem hingelegt wird. Das System funktioniert: moralische Erpressung trifft monetäre Verführung.

Die UNO ist der neue Reiseveranstalter der globalen Tugendelite.

Und Rösti? Der kann sich bei Lula Tipps holen, wie man Korruptionsverfahren überlebt und trotzdem zurück an die Macht kommt. Lula, der einst im Gefängnis saß und heute wieder als Präsident durchstartet, verdankt seine Wiederauferstehung weniger der Gnade des Volkes als den Strippenziehern, die Bolsonaro [Lulas Vorgänger] aus dem Weg räumen wollten. Seine Freilassung war kein Wunder der Justiz, sondern der Geopolitik. Ein Lehrstück darüber, wie Macht in Wahrheit funktioniert und warum Moral im globalen Spiel nur Dekoration ist.

Die Klimakirche predigt Fortschritt

Simon Stiell, der oberste Klimaprediger der UNO, hält seine Messe im technokratischen Ton: „Letztes Jahr flossen zwei Billionen Dollar in erneuerbare Energien, doppelt so viel wie in fossile Brennstoffe.“ Das klingt beeindruckend, bis man sieht, wohin das Geld floss: zu denselben Konzernen, die vor zehn Jahren Öl bohrten. Jetzt verkaufen sie Windparks und CO₂-Zertifikate. Aus der Ölindustrie wur-

de die Klimawirtschaft, mit denselben Playern, nur grün verpackt.

Die „Baku to Belém Roadmap“ soll nun die Klimafinanzierung von 300 Milliarden auf 1,3 Billionen Dollar jährlich hochschauben. „Das ist kein Akt der Wohltätigkeit“, sagt Stiell, „sondern ein Investment in Stabilität und Prosperität.“

Ein Investment. Ja, genau. Denn wer hier investiert, will Rendite. Das ist kein Altruismus, das ist ein globaler Green Deal für Eliten.

Das neue Lieblingswort: Resilienz

Resilienz. Das Zauberwort der Konferenz. Es klingt nach Stärke, nach Durchhaltevermögen, aber meint: „Lernt, mit Katastrophen zu leben.“ In Belém wird Resilienz zum globalen Mantra, weil es billiger ist, Menschen anzupassen, als das System zu ändern. Und

so wird „Resilienzförderung“ zur Ersatzhandlung einer Welt, die längst weiß, dass ihre Versprechen von CO₂-Neutralität reine Fiktion sind.

„Integriertes Feuer-Management“ – Brandstiftung mit Plan

Eine der großen Errungenschaften dieser COP ist der feierliche „Call to Action on Integrated Fire Management“ [Aufruf zum Handeln für ein integriertes Feuermanagement]. Fünfzig Länder, darunter die Schweiz, erklären feierlich, man müsse künftig Brände „proaktiv, ganzheitlich und resilient“ managen. Zwischen den Zeilen steht: Wir haben den Planeten abgefackelt, jetzt organisieren wir das Feuer professioneller.

Man will „Freiwillige stärken“, „Interoperabilität fördern“ und „Post-Fire-Restoration“ betreiben. Es ist das Vokabular einer Welt, die längst akzeptiert hat, dass sie brennen wird. Hauptsache mit Verwaltung, Berichtsformular und Budget. Die UNO hat es sogar geschafft, Brandbekämpfung in eine neue Finanzkategorie zu pressen: die „Tropical Forests Forever Facility“ [Tropische Wälder für immer-Einrichtung], ein Mechanismus,

um mit der Rettung des Waldes Rendite zu erzielen. Feuer als Anlageklasse. Willkommen im Pyro-Kapitalismus.

Dschungel der Doppelmoral

Währenddessen posieren Delegierte für Selfies vor Bäumen, die in fünf Jahren vielleicht nicht mehr stehen. Jacinda Ardern (einst Neuseelands Impf-Ikone, jetzt Ozean-Predigerin) erklärt, die Ozeane seien „der große Umweltstabilisator der Erde“, während Mega-Kreuzfahrtschiffe vor der Küste ankern, um die Gäste der COP unterzubringen. António Guterres (der alte Sozialistenonkel aus Portugal, der immer recht hat, außer in der Realität) mahnt, das Schicksal der Menschheit hänge vom Schutz der Wälder ab und fliegt nach der Rede weiter zum nächsten Klimagipfel. Business as usual, nur mit mehr Bambusdeko.

Die Medien werden am Ende wieder brav applaudieren: „Historische Einigung!“ Das ist das Mantra jeder COP. In Wahrheit sind diese Gipfel nichts anderes als moralische Lustreisen für Funktionäre: Man fliegt ans Ende der Welt, um sich gegenseitig zu bestätigen, dass man die Welt rettet. Irgendwann, vielleicht, wenn die Tagespauschale stimmt. Solange das Ritual läuft, fließen Gelder, Titel und Einladungen. Klimaschutz als Dauerurlaub mit Diplomatenpass.

Das Klima-Paradoxon

Belém ist die perfekte Metapher für den Zustand der Welt: ein Ort, an dem man den Regenwald zerstört, um über seine Rettung zu sprechen. Eine Stadt, die mit dem „Pakt für die Menschheit“ wirbt, während die Einheimischen von steigenden Preisen und abgesperrten Zonen verdrängt werden. Ein Sozialist, der in einer Yacht schläft, während er über Gleichheit predigt. Eine UNO, die „fairness“ sagt und „finanzielle Kontrolle“ meint. Und ein Schweizer Bundesrat, der Nachhaltigkeit exportiert wie andere Waffen. Offiziell für den Frieden, faktisch fürs Geschäft, getauft in Glyphosat und geweiht von Syngenta.

Die COP30 zeigt das wahre Gesicht der globalen Klimapolitik: eine Bühne, auf der Wohlstandsnationen ihre Schuldgefühle in Milliarden umwandeln, während die betroffenen Länder Kulisse spielen. Der Regenwald wird geopfert, um das Ritual am Leben zu halten.

Das Klima retten? Nein, das Klima managen. Mit Fonds, Formularen und Emissionsberichten, die mehr heiße Luft produzieren als sie verhindern.

Das Klima rettet Renditen

Zynismus ist die letzte Form geistiger Hygiene. Wir leben im Klima-Orwell-Zeitalter, in dem Sprache nicht mehr beschreibt, sondern verschleiert: Abholzung heißt Schutz, Schulden heißen Solidarität, Kontrolle heißt Kooperation. Der Planet ist nicht krank, nur die Rhetorik seiner Retter.

In Belém wird das Vokabular der Tugend verfeinert wie feiner Sand am Strand: „Fairness“, „Resilienz“, „Net Zero“... Worte, die klingen wie Hoffnung, aber riechen nach Kontrolle. Wer sich dagegenstellt, gilt als Ketzer. Wer Fragen stellt, als Leugner. Das ist die neue ökologische Orthodoxie: eine Religion, die Sünde in CO₂ misst und Erlösung in Fondsvolumen.

Während sich Delegierte im tropischen Feuchtbiotop moralisch erfrischen, bleibt ein Platz auffällig leer: jener der Vereinigten Staaten. Kein hochrangiger Vertreter reist nach Belém. Das Signal ist deutlich und fast schon erfrischend ehrlich. Washington verzichtet auf den grünen Maskenball. Donald Trump hat es ungeschminkt formuliert: Er nennt die Klimakrise einen „hoax“ [Schwindel], einen „con job“ [Abzocke], und hat angekündigt, die USA aus dem Pariser Abkommen zurückzuziehen. Man kann zu ihm stehen, wie man will, aber wenigstens spricht er Klartext in einer Welt, die sich in Worthülsen suhlt.

Ironischerweise wirkt die Abwesenheit der USA wie das einzige authentische Statement dieser ganzen Konferenz. Denn während Europa (auch die Schweiz) und die UNO weiterhin „grün“ sagen

und „Geld“ meinen, zieht sich Amerika zurück und spart sich die Liturgie des globalen Selbst betrugs. Belém wird damit zum Sinnbild: Die einen schwitzen im Dschungel, um die Welt zu retten, die anderen sehen dem Schauspiel aus sicherer Entfernung zu, Popcorn in der Hand, Klimazertifikat im Depot.

Belém ist nicht die COP der Wahrheit, sondern die COP der Widersprüche. Eine Weltelite, die den Regenwald durchquert, um sich selbst zu feiern, während draußen die Luft dünner wird. Moralisch und physisch. Willkommen in Belém, der Hauptstadt des globalen Klimaparadoxons.

Trump hat gerade die Zerstörung des Amazonas für die Autobahn der Umweltschützer offen gelegt – Zahlen: 500 Hektar wurden für die Klimaschwindel-Konferenz COP30 gerodet. Welch Ironie! Aber diese Heuchler brannen den Amazonas auch ab um ihn zu „retten“.

Präsident Trump: „Sie haben den brasiliianischen Regenwald fast vollständig gerodet, um eine vierspurige Autobahn für Umweltschützer zu bauen. Das hat einen riesigen Skandal ausgelöst!“

Zuerst erschienen am 10.11.2025 auf <https://www.vereinwir.ch/cop30-conference-of-the-party-in-belem/>



revision
VERLAG UND REDAKTION

Impressum:

V.i.S.d.P.: Herbert Mayer
Auf der Ludwigshöhe 44, 87437 Kempten
www.unzensiert-allgaeu.de
Titelabbildung: Hell Cdd20/Pixabay
Sie möchten „UNZENSIIERT“ als PDF-Datei?
Sie wollen eine Anzeige schalten?
Sie können uns beim Verteilen helfen?
Schreiben Sie uns: UNZ.magazin@posteo.de
Fremdbeiträge geben immer die Meinung des Verfassers wieder.
Alle Links waren zum Zeitpunkt der Drucklegung aktiv. Inhalt und Verfügbarkeit der Quellen ohne Gewähr.



Die EU spielt am Himmel Gott und Deutschland schaut zu

■ Die Bundesregierung hat auf eine parlamentarische Anfrage der AfD bestätigt: Über Geoengineering-Projekte in Europa entscheidet allein die EU-Kommission. Deutschland und die anderen Mitgliedsstaaten stehen außen vor – kein Vetorecht, keine Kontrolle, keine Haftung.

Das milliardenschwere EU-Programm „Horizont Europa“ finanziert bereits seit 2021 umstrittene Klima-Experimente: CDR (Carbon Dioxide Removal) – künstliche CO₂-Entnahme durch Aufforstung, Ozeandüngung u. a. SRM (Solar Radiation Management) – Eingriffe in die Sonnen-einstrahlung durch Aerosole in der Atmosphäre.

Die Bundesregierung räumt ein: „Es gibt keine eigenen Zuständigkeiten, Prüfmechanismen oder Haftung bei EU-geförderten Geoengineering-Projekten.“ Mit anderen Worten: Brüssel experimentiert am Himmel, während Berlin brav bezahlt – ohne Einfluss, ohne Risikoabschätzung, ohne rechtliche Grundlage.

Projekte wie GENIE und Co-CREATE laufen längst – sie erforschen, wie sich Wolkenbildung, Ozon und Klima technisch steuern lassen. Und das Budget soll weiter explodieren: Von bisher 95 Milliarden Euro (2021–2027) auf 175 Milliarden Euro für 2028–2034.

Offiziell spricht die EU-Kommission von „Moonshot-Projekten“ – visionären Großexperimenten, die Europa in den Bereichen „saubere Luftfahrt, Weltraumwirtschaft und KI“ zur Weltspitze führen sollen. Doch

Kritiker warnen: Diese Technologien könnten den Wasserkreislauf verändern, Ozon abbauen, Niederschläge verschieben und ganze Ökosysteme destabilisieren. Ein späterer Stopp wäre kaum mehr möglich – das Risiko wäre unkalkulierbar.

AfD-Abgeordnete Nicole Höchst fasst es so zusammen: „Deutschland zahlt mit, prüft aber nichts. Kein Vetorecht, keine Risikoabschätzung, keine Haftung. Wir fordern: nationale Aufsicht, Transparenz und Verantwortung – bevor Experimente am Himmel stattfinden.“ Während also in Brüssel an der Manipulation des Klimas gearbeitet wird, sieht die Bundesregierung „keine besondere Gefährdungslage“ für Deutschland.

Fazit: Die EU testet Technologien, die tief in Wetter und Atmosphäre eingreifen – und niemand in Deutschland hat das Recht, „Nein“ zu sagen.

Die Frage bleibt: Wer spielt hier eigentlich Gott – und wer trägt die Folgen? ■

Quelle: <https://tkp.at/2025/10/29/geoengineering-ueber-eu-himmel-kommission-hat-kontrolle/>

<https://t.me/WetteradlerKanal/2292>

WAS DIE 17 ZIELE DER UN-AGENDA 2030 WIRKLICH FÜR DIE MENSCHEN BEDEUTEN



Punkt 6: Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitätsversorgung für alle gewährleisten.

Die Wasser-Ressourcen sollen zentralistisch verwaltet werden. Staaten werden dazu gedrängt, ihre Wasser-Infrastruktur zu privatisieren und sich in Abhängigkeit von Konzernen zu begeben, die das Wasser dann überteuert an die

Menschen verkaufen können. Durch die Hoheit über das Wasser hat man auch die Gesundheit der Menschen vollends in Händen. Denn Leitungswasser wird vielerorts bereits mit Chemikalien wie Fluorid angereichert. Dies könnte ausgeweitet werden, was zu vielen chronischen Krankheits- und Vergiftungssymptomen führen kann, die der Pharmaindustrie direkt in die Karten spielen, da sie so ihre symptomunterdrückenden Substanzen gewinnbringend vertreiben können.

Da sie den künstlich geschaffenen Wassermangel dem menschen-gemachten Klimawandel zuschreiben werden, werden sie auch Maßnahmen ergreifen, den Wasserverbrauch, insbesondere im sanitären Bereich, auf ein Minimum zu reduzieren. So wird es auch möglich sein, herkömmliche Toiletten zu verbieten und durch Varianten zu ersetzen, die ohne Wasser betrieben werden können.

Wer die Macht über das Wasser hat, kontrolliert über dessen Rationierung letztlich, wer es in welchem Umfang und zu welchem Zweck nutzen darf.

<https://t.me/Klartext2021Gemeinsam/33192>

Fortsetzung folgt im nächsten Heft

Kalte Herzen, kalte Seelen

Text: Herbert Mayer
Musik: KI

Abbildung: Lara/Pixabay

*Kalte Herzen, kalte Seelen,
überall, wohin ich schau,
überall die Menschen leiden
und die Tage sind so grau.
Keiner traut sich, was zu sagen,
überall das gleiche Bild,
keine Antwort und nur Fragen,
was nur führen sie im Schild.*

Wo ich schau fehlt die Vernunft,
alles dümpelt vor sich hin,
alles wirkt so abgestumpft,
vieles gibt auch nicht mehr Sinn.

Alles ist so trist und leer,
nichts bringt uns mehr große Freude,
alles fällt den Menschen schwer,
ja, schon lange, nicht erst heute.

Angst erfüllt uns ja so oft,
sorglos ist fast gar nichts mehr.
Alles, was wir einst erhofft,
glauben wir schon längst nicht mehr.

Hoffnung wurde längst begraben
und die Tage, sie vergehn,
vieles muss der Mensch ertragen,
vieles ist auch nicht mehr schön.

Was kann heute man noch planen,
wie sieht unsre Zukunft aus.
Viele können es schon ahnen:
Hoffnungslosigkeit und Graus.

Krisen haben wir genug,
alle sind sie hausgemacht,
alles ist nur ein Betrug,
Firmen werden platt gemacht.

Alles, was sie so beschließen,
trifft den Menschen oft sehr hart
und er muss es ständig büßen,
und es bleibt ihm nichts erspart.

Ständig werfen sie die Steuern
in der ganzen Welt hinaus,
ja, man müsst sie alle feuern,
alles fehlt im eignen Haus.

Doch sie können nur regieren,
weil die Menschen gar nichts wagen,
alles klaglos akzeptieren,
lieber jammern und verzagen.

Hätten sie nur etwas Mumm,
gäb es nicht nur liebe Brave,
wären nicht so viele dumm,
hätten wir nicht viele Schafe.

Nun droht uns vielleicht ein Krieg,
alle sind dazu bereit.
Und sie träumen nur vom Sieg
wie schon mal, vor langer Zeit.

Ja, sie spielen mit dem Feuer,
alles kann ganz schnell passieren,
alles kommt uns ganz schön teuer,
durch die Narren, die regieren.

Menschen hältet sie doch auf,
Größenwahn ist ihr Gebahren,
Dumme haben wir zuhauf,
Doofe laufen rum in Scharen.

*Kalte Herzen, kalte Seelen,
überall, wohin ich schau,
überall die Menschen leiden
und die Tage sind so grau.
Keiner traut sich, was zu sagen,
überall das gleiche Bild,
keine Antwort und nur Fragen,
was nur führen sie im Schild.*

Und die Tage bleiben grau.



UNZENSIERT-SONG
abspielen

Die UNZENSIERT ist UNBEZAHLBAR!

Deshalb kostet sie Euch Leser auch nichts.
Alle, die an diesem „Magazin für mündige Bürger“ mitarbeiten
(Autoren, Layout, Versand, Verteiler), tun dies unentgeltlich. Was
allerdings bezahlt werden muss, ist der Druck und das Porto für den Versand. Wer
uns dabei unterstützen möchte, überweist einen kleinen Betrag mit dem Vermerk
DRUCKKOSTENZUSCHUSS an

Kontoinhaber: Herbert Mayer
IBAN: DE06 7336 9920 0101 6079 95

BIC: GENODEF1SFO

UNZ.magazin@posteo.de www.unzensiert-allgaeu.de

In
eigener
Sache

DANKE

an alle, die es uns mit einem Druck-
kostenzuschuss ermöglichen, das
Magazin weiterzuverbreiten.

Unser Dankeschön gilt auch all
denen, die unser Heft verteilen und
so dafür sorgen, dass so viele Men-
schen wie möglich erfahren, was in
unserem Land schiefläuft.

Ihre Redaktion



Und das nennen sie Demokratie

VON PEGGY GALLIC
UND HERBERT MAYER

■ Ist die Demokratie wirklich die schlechteste aller Regierungsformen, wie Platon schon feststellte? Machen wir uns alle etwas vor, wenn wir glauben, die Menschen könnten etwas mitentscheiden, wenn sie alle vier (manchmal fünf oder sechs) Jahre diejenigen wählen dürfen, die dann an ihnen vorbei und in der Regel im Auftrag anderer, alle Entscheidungen treffen, die in den seltensten Fällen zum Wohle der Bürger ausfallen?

Das Fehlen demokratischer Grundsätze ist jedoch nicht nur auf Landes- und Bundesebene festzustellen, das ganze System ist durchsetzt mit undemokratischen Webfehlern, die man im Alltag leicht verschmerzt, solange man nicht davon betroffen ist. Aber was heißt demokatisch überhaupt? Ganz platt gesagt: Demokratie ist auch, wenn zwei Dumme einen Gescheiten überstimmen können. Die Entscheidung für die E-Identität in der hochgelobten „basisdemokratischen“ Schweiz fiel bei geringer Wahlbeteiligung mit knapper Mehrheit aus. Oder die Klima-Entscheidung in Hamburg? Wel-

cher vernünftig denkende Mensch kann sie nachvollziehen? Und auch hier entschied eine Minderheit, denn die meisten Bürger beteiligten sich gar nicht an der Wahl. Allein die beiden Beispiele zeigen, dass die sogenannten Nichtwähler am daraus folgenden Chaos und Dilemma mitschuldig sind. Denn die Etablierten schert es keinen Deut, ob nur fünf, zehn oder 20 Prozent zur Wahl gehen. Sie fühlen sich immer als Sieger und „vom Volk beauftragt“, zu regieren.

Aber bleiben wir auf der unteren Ebene. Am Beispiel der Kommunalwahlen in Bayern zeigt sich das seltsame Verständnis unserer Demokratie ganz deutlich. Um als Bürger für ein Parlament in Bayern kandidieren zu können, muss man viele Hürden überwinden, sofern man noch nicht in einem Parlament sitzt oder einer Partei angehört, die schon im Parlament vertreten ist. Es werden völlig unsinnige Schranken für diejenigen aufgebaut, die sich nicht den etablierten Parteien anschließen möchten und deshalb außen vor bleiben sollen. Bei Bundestags- oder Landtagswahlen wird es kleinen Parteien schwer, bei Kommunalwahlen aber fast unmöglich gemacht, Ein-

fluß auf die eingefahrenen Entscheidungswege in den Stadtparlamenten zu nehmen. Ist es für den Bundestag die 5%-Hürde, an der viele parteifreie Kandidaten und junge bzw. kleine Parteien scheitern, so ist es bei den Kommunalwahlen das Sammeln der Unterstützungsunterschriften.

Mit ihrer Unterschrift bezeugen Menschen, dass sie möchten, dass diese Partei zur Wahl antreten darf – eigentlich ein Mindest-Standard, dass alle demokratischen Parteien zugelassen werden.

Die erwähnten Unterstützungsunterschriften zusammen zu bekommen stellt für kleine Parteien oder Einzelkandidaten meist schon ein K.-O.-Kriterium dar. Allein die Anzahl ist schon Schikane. Im gesamten Wahlkreis Kempten-Oberallgäu-Lindau z. B. sind es bei Landtags- oder Bundestagswahlen ca. 250. Was nach nicht viel klingt, ist in Wirklichkeit ein enormer Aufwand für diejenigen, die als Kleinpartei weder über Wahlkampf Gelder noch personelle Ressourcen verfügen. Dennoch war das bisher zu bewältigen, weil die Unterstützer ein vorgefertigtes Formular unterschreiben konnten, das von den Parteien dann in aller Regel gesammelt den Stadt- oder Gemeindeämtern zur Genehmigung eingereicht werden konnte.

Anders verhält es sich bei den Kommunalwahlen. Hier hängt die Anzahl der benötigten Unterstützungsunterschriften zum einen von der Einwohnerzahl ab (1000 Einwohner = 40 Unterstützungsunterschriften / mehr als 200.000 Einwohner = 470 Unterstützungsunterschriften), zum andern ist die Unterschrift von den Bürgern persönlich auf den Ämtern zu leisten, was die Menschen meistens abschreckt. In einer mittleren Kleinstadt wie Kempten (ca. 70.000 Einwohner) wären 340! Unterschriften allein von Kemptener Bürgern notwendig, um eine Kandidatenliste zur Wahl anzumelden. 340 Menschen, die persönlich aufs Amt gehen müssten und das innerhalb eines kurzen Zeitraums von vier bis sechs Wochen im Winter. Dies ist für viele Bürger, welche sich politisch engagieren

wollen, ein Schlag ins Gesicht und so werden kleine Ansätze an politischer Teilhabe schnell im Keim erstickt. Wer also als „Außenstehender“ in die Phalanx der Platzhirsche in den Gemeinde- und Stadträten eindringen will, sieht sich einer kaum zu überwindenden Abwehrmauer gegenüber. Abgeordnete sind grundsätzlich für uns Bürger da, sollen unsere Stimme ins Parlament tragen, aber wehe, wenn der Bürger selbst auf diese Idee kommt und seine Stimme tatsächlich im Parlament erheben möchte.

Diese Hürden sollen gezielt verhindern, dass eine Vielfalt von Meinungen und vor allem abweichen- de Ansichten in die innerparla- mentarischen Diskussionen einfließen. Mit anderen Worten: Man will unter sich bleiben. Wer sich als Kleinpartei einer etablierten Partei anschließen will, hat es dagegen leichter. Ihr bleibt die leidige Unterschriften-Aktion erspart, sie bindet sich aber an die alten eingefahrenen Meinungsführer in den Parlamenten. Wer das will, muss seine (Partei)Seele verkaufen. Eine Folge davon ist, dass immer mehr Wählergemeinschaf- ten, Interessengruppen oder ein- fach Mitläufer und Postenjäger sich bereits bestehenden Altfrak- tionen anbiedern. Ob das der rich- tige Weg ist, eine Belebung in die oftmals verkrusteten, undemokra- tischen Strukturen der Gemeinde-

oder Stadtratklientel zu bringen? Zweifel sind angebracht und die Praxis zeigt, dass es vor allem im linken Spektrum zu einer Auswei- tung der wählbaren Gruppierun- gen führt, wenn sich Ableger von Fridays-for-Future oder neuer- dings die extrem links zu verorten- den Volt-Partei oder Klima-Ideo- logen Fraktionen anschließen, die bereits im Stadtrat vertreten sind. Dies führt zu Mehrheiten und Pri- orisierungen, die selten die Mei- nungsmehrheit in der Bevölkerung widerspiegeln. Werden hier tat- sächlich noch Entscheidungen zu- gunsten der Bevölkerung gefällt?

In einem Kommunalparlament, das aus sich nur in Nuancen un- terscheidenden Fraktionen be- steht, kann keine grundsätzliche Diskussion entstehen. Offener Di- alog, Diskurs mit echten alterna- tiven Positionen wären nötig, um den Bürgern zu zeigen, wohin man- che Entscheidung führt, z. B. die Kampfansage an das Auto, die Ver- teuerung des Parkens, die Privile- gien für E-Autos, das Chaos durch die Fahrradstraßen, oder Smart- Citys und 15-Minuten-Städte. Oder eben auch wegweisende verhäng- nisvolle Entscheidungen, wie zu- letzt in Hamburg.

Deshalb die Frage, wie demo- kratisch ist unsere Demokratie, wenn wir bei jeder Wahl lediglich die Farben der Regierenden Par- teien austauschen können? Von rot zu schwarz, von schwarz zu rot und zwischendurch ein wenig grün.

Es wäre längst an der Zeit, dass jeder, der sich als Kandidat für die Stadt- oder Gemeindräte berufen fühlt, einer freien und bedingungs- los offenen Wahl stellen kann, unab- hängig von einer Partei oder Or- ganisation. Dann hätten die Wäh- ler wirklich die demokratische Wahl. So landen wir wieder bei einer Wahl- beteiligung jenseits von Gut und Böse oder müssen uns zwischen Pest und Colera entscheiden.

Artikel 21 des Grundgesetzes besagt, „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Aber es heißt nicht, dass die etablierten ein Recht be- sitzen, durch Wahlgesetze andere von der demokratischen Meinungs- bildung auszuschließen.



Patrik Baab: Die Deutschen dösēn in den Untergang

Die politischen Eliten haben eine Wette abgeschlossen. Sie haben die Wette abgeschlos- sen, dass sie Russland auf dem Boden der Ukraine kleinkrie- gen. [...] sie [haben] den größ- ten Fehler gemacht, den man in der Politik tun kann: den Gegner zu unterschätzen. Nun stehen sie in kurzen Hosen da. Sie haben viel Geld investiert für den Krieg und sie müssten jetzt, wären sie redlich, ihrer Bevölkerung erklären, dass sie die Verantwortung für diese Fehlleistungen übernehmen und zurücktreten. Hier stellen sich auch Fragen strafrechtl-icher Verantwortung, denn wir reden über 1,7 Millionen Tote auf ukrainischer Seite. Das werden sie aber nicht tun. Sie klammern sich an ihre Macht. Und deswegen heulen die Si- renen der Propaganda so laut. Deswegen wird Russenhass mobilisiert, es werden Ressenti- ments mobilisiert. Es wird von Kriegstüchtigkeit gefaselt, von Figuren, die sich im Kriegsge- biet beim ersten scharfen Schuss in die Hosen machen würden.

<https://www.youtube.com/shorts/Z23aSopDEO>

ANZEIGE



die Basis
Basisdemokratische Partei Deutschland
KREISVERBAND KEMPTEN-ÖBERALLGÄU-LINDAU



die Basis stellt ihren Kandidaten für die Stadtratswahl 2024 in Kempten vor:

Paul Selig
73 Jahre, verheiratet, Maschinenbautechniker

Für demokratische, trans- parente Entscheidungen. Gesprächsoffen und diskus- sionsbereit, um das Beste für Kemptens Bürger zu er- reichen.





ehemalige Bundestagsangehörige der AfD
bei Fair Talk vom 6.11.25

„.... die haben das sehr wohl gewusst, was sie da tun.“

Also, wenn sie abends durch die Bundestagsgänge geläufen sind, nach Feierabend, dann haben sie aus den verschlossenen Büros die Partygeräusche gehört. Sie haben den Bürgern gesagt, bleibt zuhause, ihr dürft niemanden treffen, und haben im Bundestag Partys veranstaltet. Sie haben den Bürgern gesagt, bleibt zuhause, das ist ansteckend, wir werden alle sterben, und dann macht ein Jens Spahn ein Spenden-Dinner, und lädt sie alle ein, wo sie keine Maske tragen und sagt ihnen, hier aber nur bis zehntausend Euro spenden, weil darüber müssen wir ja veröffentlichen.

Das war die Politik zu der Zeit. Also, sie haben den Bürgern das verboten, was sie alle gemacht haben. Ohne Ausnahmen. Und sie haben die Masken nicht getragen, sondern dann aufgesetzt, wenn dann plötzlich die Kameras an waren. Also, sie haben sehr wohl gewusst, was sie machen



und meiner Meinung nach haben sie es ganz bewusst ausgenutzt, um zu sehen, wie weit sie die Leute treiben können. Und das Bittere daran ist, sie haben gesehen, wie weit. Also, ich hatte zeitweise das Gefühl, wenn die Regierung sagt, wir holen jetzt alle Ungeimpften ab und sperren sie ein, dass die Mehrheit der Bevölkerung gesagt hätte, jawohl. Und das hat mir in dem Fall echt Angst gemacht, dass wir immer noch nicht begriffen haben, wie sowas funktioniert. Wie so ein System funktioniert. Dass man sich da immer noch einlullen lässt und sagt, jawohl, wir hören auf die und wir gucken nicht auf unsere Mitmenschen.

Das war etwas, was mich erschreckt hat und wir müssen vorsichtig sein, mit dem, was da kommt. Wir haben letzte Woche im Bundestag das erste Gesetz gehabt zur Anpassung an die WHO-Richtlinien. Das heißt, wir geben unsere Souveränität an die WHO ab bei der nächsten Pandemie. Wir beschließen gar nicht mehr selber im Bundestag, sondern die WHO macht uns Vorschriften zu digitalen Gesundheitsakten. Zu einer Kontrollinstanz, die kontrollieren soll: Desinformation und Fakt. Und wer beschließt das, die WHO. Das geht immer weiter, das kommt immer weiter von oben runter und wir werden immer weiter gegängelt und ich hoffe, falls so etwas nochmal kommen sollte, dass sehr viel mehr Menschen um ihre Grundrechte kämpfen und die sich nie wieder wegnehmen lassen. Das ist wichtig!

<https://www.youtube.com/watch?v=N4-2h8pAvUs>

ab Minute 19:50



Melde Dich jetzt kostenfrei
zum einfach genialen Lehrgang an:

„Geldanlage + Sparen 2026 –

der sicherste und zugleich einfachste
Weg zu dauerhaft herausragenden Renditen“

Dieser Weg führt wenig überraschend an den zahlreichen Mogelpackungen der Finanzindustrie vorbei ... sei gespannt!

Die nächsten Termine im Allgäu unter:

www.bernd-fuhrmann.de

BERND FUHRMANN
betriebliche und private Vermögen

Provisionsfreie Beratung
Finanzgutachten

www.bernd-fuhrmann.de
Am Sonnenbichel 9
D-87600 Kaufbeuren
Telefon: 08341-14242



Frage erlaubt ...

Fragt ein Journalist den Politiker:
„Was haben Sie zur Rentenreform gesagt?“

Antwortet der Politiker: „Nichts“

Daraufhin sagt der Journalist: „Ja, das ist mir schon klar. Aber wie haben Sie es formuliert?“

... andere Frage

Was ist eine Tonne CO₂, wer hat diese gewogen und vor allem, WIE?



Die Gesellschaft ist inzwischen so **gleichgültig** geworden, daß die **Wahrheit** als **Belästigung** empfunden wird.



... letzte Frage



... keine Frage

